

Positionen

13. Januar 2023

Positionspapier
der SPD-Bundestagsfraktion

Sozialdemokratische internationale Politik in der Zeitenwende

I. Putins Angriffskrieg als Zeitenwende

Mehr als 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und etwas mehr als zwanzig Jahre nach dem Ende der jugoslawischen Nachfolgekriege herrscht wieder ein Krieg in Europa. Der völkerrechtswidrige, brutale und menschenverachtende Überfall Russlands auf die Ukraine hat der nach dem Ende der Blockkonfrontation mühsam aufgebauten internationalen Sicherheitsarchitektur den Boden entzogen. In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022 hat Bundeskanzler Olaf Scholz den Krieg deshalb zurecht als eine Zeitenwende bezeichnet.

Wir stehen fest und solidarisch an der Seite der Ukraine. 2022 hat Deutschland die Ukraine bilateral mit über zwölf Milliarden Euro unterstützt. Wir unterstützen finanziell, humanitär, militärisch und diplomatisch, damit die Ukraine ihr Territorium und ihre Souveränität erfolgreich verteidigen kann. Wir tun das gemeinsam mit unseren internationalen Partnern in der EU, der NATO und der G7. Nationale Alleingänge lehnen wir ab. Erstmals in seiner Geschichte hat Deutschland im großen Umfang Ausrüstung und Waffen in ein Kriegsgebiet geliefert, damit sich die Ukraine gegen diesen völkerrechtswidrigen Angriff verteidigen kann.

Viele Ukrainer:innen haben durch den Krieg ihr Zuhause verloren und sind auf der Flucht. Die Bundesregierung hat deshalb erhebliche Mittel zur Linderung akuter Not bereitgestellt, um etwa Wohnunterkünfte für Binnenflüchtlinge zu finanzieren oder notwendige Infrastruktur wie die Strom- und Wasserversorgung sicherzustellen. Überdies hat Deutschland bereits mehr als eine Million Ukrainer:innen aufgenommen und unterstützt auch die Nachbarländer der Ukraine, insbesondere Moldau. Hinzu kommen bilaterale Budgethilfen, um die staatliche Handlungsfähigkeit der Ukraine sicherzustellen sowie Rüstungsgüter im Wert von über zwei Milliarden Euro, die aus Deutschland bereits bereitgestellt wurden. Deutschland ist darüber hinaus größter Einzahler in den Refinanzierungsfonds der Europäischen Friedensfazilität, dessen Gesamthöhe sich auf 5,5 Milliarden Euro beläuft. Mit dem Geld werden die ukrainischen Streitkräfte gezielt gestärkt. Diesem Ziel dient auch die Ausbildung von ukrainischen Soldaten auf dem Territorium der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer EU-Ausbildungsmission, bei der Deutschland eine koordinierende Rolle einnimmt.

Trotz der anhaltenden Kriegshandlungen geht es auch darum, die Ukraine beim Wiederaufbau zu unterstützen und schon jetzt dafür notwendige Maßnahmen zu koordinieren. Gemeinsam mit der Ukraine und internationalen Partnern arbeitet die Bundesregierung an einem „Marshall-Plan“ für den langfristigen Wiederaufbau der Ukraine. Auf Initiative des Bundeskanzlers und der EU-Kommission sind deshalb im Rahmen einer internationalen Konferenz Ende Oktober 2022 in Berlin Vertreter:innen von internationalen Organisationen und Think-Tanks sowie aus der Wissenschaft, Zivilgesellschaft und des Privatsektors zusammengekommen. Dadurch wurden eine internationale Struktur für den Wiederaufbau und eine Plattform angestoßen, um unsere Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine zu koordinieren.

Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern haben wir weitreichende Sanktionen sowie ein Öl- und Kohleembargo beschlossen, die Russland politisch wie wirtschaftlich isolieren – und zugleich die Tür für diplomatische Lösungen offengehalten. Denn wir wissen: Kriege werden in der Regel nicht auf dem Schlachtfeld beendet. Bei jeglichen Verhandlungsbemühungen gilt das Prinzip: nicht ohne die Ukraine, nicht über die Ukraine hinweg. Die Grundvoraussetzungen eines Friedensschlusses haben die G7-

Staaten in ihrer Erklärung vom 11. Oktober 2022 in Absprache mit der Ukraine dargelegt. Diese sind insbesondere die Achtung des in der Charta der Vereinten Nationen (VN) verankerten Schutzes der territorialen Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine, die zukünftige Sicherung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine, die Gewährleistung des Wiederaufbaus der Ukraine, auch unter Prüfung von Möglichkeiten, hierzu Mittel aus Russland einzusetzen, sowie die Rechenschaft für im Krieg begangene russische Verbrechen.

Auch wenn es aus nachvollziehbaren Gründen keinerlei Vertrauen mehr zur gegenwärtigen russischen Führung gibt, müssen diplomatische Gespräche möglich bleiben. Deshalb sind auch die Gespräche, die Bundeskanzler Olaf Scholz in Abstimmung mit der Ukraine und unseren internationalen Partnern regelmäßig mit Wladimir Putin führt, richtig und notwendig. Deshalb brauchen wir auch weiterhin wo immer möglich diplomatische Initiativen – sei es im Rahmen der Vereinten Nationen oder zum Beispiel über den so wichtigen Einsatz der Internationalen Atomenergiebehörde zur Sicherung der ukrainischen Atomkraftwerke. Wir müssen weiterhin jeden Versuch unternehmen, Russland zum Rückzug zu bewegen und gegenüber Russland eine ehrliche Bereitschaft zu einem gerechten Friedensschluss einfordern.

In kleinen Teilbereichen konnten in Gesprächen mit Russland Vereinbarungen erzielt werden, etwa zwischen der Ukraine und Russland zu Fragen des Gefangenenaustausches oder zwischen den Vereinten Nationen, der Türkei, der Ukraine und Russland zur Ausfuhr von ukrainischem Getreide über das Schwarze Meer. Es gilt, auf diesen Ansätzen aufzubauen, etwa im Bereich der Rüstungskontrolle. Bevor aber mit Russland wieder Vertrauen wachsen kann, muss es zu einer fundamentalen Abkehr vom verbrecherischen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der dahinterstehenden expansionistischen Ideologie kommen. Wenn eine ernsthafte Bereitschaft hierzu erkennbar sein sollte, könnte eine Politik der kleinen Schritte, die in überschaubaren Bereichen Initiativen zur Vertrauensbildung startet und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft wird, ein diplomatischer Ansatz sein.

Eine sozialdemokratische internationale Politik muss auch Deutschlands grundsätzliche Rolle in den Blick nehmen. Dazu gehört auch die Stärkung von Deutschlands Sicherheit und der Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Klar ist: Deutschland sollte mehr Verantwortung für Frieden und Stabilität auf dem europäischen Kontinent und seiner Nachbarschaft übernehmen und dafür die notwendigen Instrumente bereitstellen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat bereits zu Beginn des Krieges die richtigen Schlüsse gezogen und mit konkreten Maßnahmen diese neue Ära eingeleitet. Beispielhaft hierfür sind das Bundeswehr-Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro, die kontinuierliche Steigerung der Verteidigungsausgaben, die EU-Sanktionspakete, die Waffenlieferungen an die Ukraine, die Diversifizierung von Energieimporten, der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien, die Entlastungspakete für unsere Bürger:innen mit einem Gesamtvolumen von mehr als 200 Milliarden Euro, die finanzielle und politische Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit sowie das aktive Werben um neue Partner im Globalen Süden und darüber hinaus. Diese Initiativen gilt es in den kommenden Monaten und Jahren auszubauen, weiter zu schärfen und in internationale Partnerschaften zu gießen. Konfrontiert mit neuen oder sich ausbreitenden Krisen und Konflikten auf unserem Planeten müssen wir Friedens- und Demokratieprozesse dort, wo wir es vermögen, unterstützen. Wir stehen fest an der Seite der Demokratiebewegung im Iran.

Wir wollen die zivile Krisenprävention stärken und uns für die Etablierung einer globalen und solidarischen Verantwortungspartnerschaft einsetzen, die ausdrücklich die Belange des Globalen Südens verstärkt in den Fokus nimmt. Zu einer globalen Verantwortungspartnerschaft gehört es zudem, die zweite Hälfte auf dem Weg der Umsetzung der Agenda 2030 zu nutzen, um die Zielerreichung der Sustainable Development Goals wieder stärker in den Fokus internationaler Politik zu rücken. Dies ist nur mit starken VN mit einem klaren Mandat möglich.

Eine solche Transformations-Politik braucht mittel- und langfristig eine breite gesellschaftliche Zustimmung, denn es stehen nicht weniger als Frieden und Wohlstand in Deutschland und Europa auf dem Spiel. Dazu gehört, dass die deutsche Sozialdemokratie ihre internationale Politik im Zeichen der Zeitenwende auch durchaus selbstkritisch reflektiert, justiert und erklärt.

Hier setzt auch unsere Nationale Sicherheitsstrategie an, deren Erarbeitung wir unterstützen. Wir müssen die äußere und innere Sicherheit viel stärker ineinander verzahnen, um den aktuellen Bedrohungen gerecht zu werden.

II. Frieden und Sicherheit als Grundpfeiler sozialdemokratischer internationaler Politik

Auch in der Zeitenwende bleiben die Werte, die sozialdemokratische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik leiten, ein starkes Fundament, das die SPD seit mehr als einem Jahrhundert trägt: Frieden, Freiheit, internationale Gerechtigkeit und Solidarität und eine starke Europäische Union sind die Leitlinien unserer Politik. Dazu gehören die universelle Geltung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

In einer zunehmend von vielfältigen Zentren geprägten Welt droht das außenpolitische und wirtschaftliche Gewicht Deutschlands und der EU abzunehmen. Dem müssen wir mit Pragmatismus auf der Grundlage unserer Werte und Interessen entgegentreten. Russlands Krieg gegen die Ukraine ist auch ein Angriff auf unsere demokratischen Werte und bestärkt uns in dem Willen, mit anderen demokratischen Ländern diese zu verteidigen und vertieft zusammenzuarbeiten. Wir haben jedoch kein Interesse an der Bildung neuer antagonistischer Blöcke. Die regelbasierte, VN-zentrierte internationale Ordnung fußt auf der Erkenntnis, dass unterschiedliche politische Systeme nebeneinander existieren können und miteinander kooperieren müssen.

Wir müssen uns vielmehr fragen, wie wir bestehende Bindungen stärken und zugleich neue belastbare Partnerschaften initiieren können, durch die wir eine gegenseitige Verantwortungsübernahme und damit letztendlich Frieden, Freiheit, Wohlstand und die regelbasierte Ordnung sichern. Ein solch realitätsbezogener und pragmatischer Ansatz geht Hand in Hand mit einer wertegeleiteten internationalen Politik, die Fragen der Werte und Menschenrechte wo nötig kritisch adressiert und zugleich die menschenrechtsbasierten internationalen Rahmenwerke zu festigen versucht. Eine aktive Diplomatie, die Verantwortung übernimmt und sich auf die Suche macht nach gemeinsamen Sichtweisen, Interessen und „Inseln der Kooperation“, ist die Grundvoraussetzung für internationale Zusammenarbeit. Wir werden intensiv daran arbeiten, Vertrauensnetzwerke aufzubauen, mit dem Ziel, multilaterale Institutionen zu stärken und gemeinsames Handeln zu ermöglichen. Denn am nachhaltigsten lässt sich Vertrauen durch die Stabilisierung und den Aufbau effektiver internationaler Strukturen gewinnen.

Die Erfahrung zeigt: Sicherheit und Frieden in Europa benötigen eine glaubwürdige Abschreckung. Bereits Willy Brandts Ost- und Entspannungspolitik fußte auf einer festen Verankerung im westlichen Bündnis und einer robusten Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik. Gleichzeitig braucht es Gesprächskanäle und institutionelle Formate, um den Draht zur Vermeidung einer noch größeren Eskalation nicht abreißen zu lassen. Insbesondere auf Ebene der Zivilgesellschaft gilt es, solche Verbindungen aufrecht zu erhalten. Sie sind Grundvoraussetzung für Vertrauen und einen Friedensprozess, der aber zum jetzigen Zeitpunkt in weiter Ferne liegt.

III. Globale Verantwortungspartnerschaften – attraktive Angebote an den Globalen Süden

Wir wollen den Ländern des Globalen Südens auf Augenhöhe begegnen und globale Verantwortungspartnerschaften aufbauen und stärken. Wir gestalten unsere Außen- und Entwicklungspolitik feministisch und machen unseren Partnern attraktive Angebote zur Zusammenarbeit, die für beide Seiten Vorteile bieten und zur nachhaltigen und sozial gerechten Transformation des globalen Wirtschaftssystems beitragen. Erst durch eine solche nachhaltige Zusammenarbeit können wir globale Probleme langfristig und gemeinsam mit dem Globalen Süden lösen. Deshalb wollen wir bei steigenden Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit entsprechend anheben. Für uns ist das Konzept der menschlichen Sicherheit zentral, welches auch soziale und ökologische Sicherheit umfasst. Dabei setzen wir auch auf den Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme, die Absicherung in

Krisensituationen schaffen und ihnen zugleich vorbeugen. Globale Verantwortungspartnerschaften fußen auf einer langfristige Entwicklungsfinanzierung und beinhalten mehrere Ebenen gemeinsamen Handelns: von der Unterstützung in akuten Notlagen wie klimabedingte Ernährungskrisen oder Naturkatastrophen, über die Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Sustainable Development Goals, die Richtschnur unseres internationalen Handelns sind, und der Klimaziele bis hin zu multilateralen Partnerschaften für eine nachhaltige, sozial- und geschlechtergerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Die Einbeziehung wichtiger Entwicklungs- und Schwellenländer in die Beratungen der G7 und G20 sowie die Gründung des für alle Länder offenen Klimaklubs durch Bundeskanzler Olaf Scholz ist in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung.

Insbesondere mit den progressiven Regierungen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas haben wir die Chance auf verstärkte Partnerschaften beim Schutz des Klimas und der Umwelt. Darüber hinaus bieten sich in Lateinamerika Möglichkeiten im Rahmen von Handelsabkommen, die Globalisierung fair und nachhaltig zu gestalten. Mit der Wahl Lula da Silvas zum Präsidenten Brasiliens bietet sich zudem ein neues Momentum, mit der größten Volkswirtschaft der Region Initiativen beim Schutz des Amazonasgebiets, in Handelsfragen sowie zur Kooperation im Energiesektor voranzutreiben, auch um letztlich einen fortschrittlichen Abschluss des Mercosur-Abkommens zu erreichen. Zudem wollen wir im Rahmen der G4 (Brasilien, Japan, Südafrika und Deutschland) weiter auf eine Reform der Vereinten Nationen, insbesondere des Sicherheitsrates, hinwirken.

Auch auf dem afrikanischen Kontinent gilt es, vorhandene Partnerschaften zu stärken und neue Verbindungen aufzubauen. Zum einen müssen wir weiterhin fragile Staaten in Fragen von Sicherheit, Stabilität, nachhaltiger Entwicklung und Demokratie unterstützen. Weitere konkrete Angebote können eine fairere Handels- und Migrationspolitik, die Stärkung der Gesundheitssysteme zum Beispiel im Rahmen von Impfstoffproduktion sowie ein mit der Afrikanischen Union abgestimmtes sicherheitspolitisches Engagement sein. Die afrikanische Freihandelszone ist eine Chance für den Kontinent, die Deutschland zusammen mit der Europäischen Union stärker unterstützen sollte. Auch im Bereich der Forschung sowie Kultur- und Bildungspolitik lohnt es sich, Netzwerke mit den afrikanischen Partnern auszubauen. Zum anderen müssen wir gezielt beidseitig vorteilhafte Technologie-, Energie-, Infrastruktur- und Entwicklungspartnerschaften aufbauen. Hier muss insbesondere der Ausbau von erneuerbaren Energien im Fokus des Handelns stehen. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesministerin Svenja Schulze vorangetriebenen Partnerschaften im Bereich der Energieversorgung (Just Energy Transition Partnerships) sind hierfür wegweisend.

Insbesondere Energiefragen bieten neue Ansätze der Kooperation mit dem Globalen Süden: Nachhaltige Alternativen zur russischen fossilen Energie müssen gefunden, Wettbewerbsnachteile sollten ausgeglichen, grüne Zukunftstechnologien gefördert und bestehende Lieferketten im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit und die Einhaltung menschenrechtlicher Standards überprüft werden. Durch verbindliche Sorgfaltspflichten für deutsche und europäische Unternehmen sollen zudem Arbeitnehmer:innen-, Sozial- und Umweltrechte weltweit gestärkt und Lieferketten damit nachhaltiger und risikoärmer werden. Hierzu haben wir mit der Verabschiedung des Sorgfaltspflichtengesetzes für deutsche Unternehmen den ersten Schritt unternommen. Wir streben jetzt eine wirksame europäische Lösung an.

Ein wichtiger Teil des deutschen Wirtschaftsmodells ist ein leistungsfähiger und kompetitiver industrieller Sektor, der Güter in die ganze Welt exportiert. Dieser ist angewiesen auf Rohstoff- und Energieimporte. Das wird auch in einer dekarbonisierten Welt so bleiben. Aus diesem Grund gilt es, Lieferbeziehungen zu diversifizieren und eine Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten zukünftig zu vermeiden. Dies muss beispielsweise auch beim Aufbau neuer Energiepartnerschaften für grünen Wasserstoff oder dessen Derivate mitbedacht werden. Gleiches gilt für kritische Rohstoffe wie Seltene Erden. Hierbei können vertiefte, gleichberechtigte Energie-Partnerschaften beispielsweise mit afrikanischen Ländern und damit eine verstärkte Zusammenarbeit mit Europas nächster Nachbarschaft zukünftig eine größere Rolle spielen.

Gleichzeitig wird auch der Nahe und Mittlere Osten auf absehbare Zeit bei Energiefragen für Deutschland und Europa von Bedeutung bleiben. Europa sollte sein Gewicht in der Region mehr nutzen, auch um den sicherheitspolitischen Dialog zu fördern. Neben einem Ausbau der Handelsbeziehungen bieten gerade Wissenschafts- und Bildungskooperationen Chancen.

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist und bleibt ein zentraler Bestandteil deutscher Außenpolitik. Um in der Zeitenwende zu bestehen, stärken wir die Mittlerorganisationen und damit auch die Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaften.

Seit Jahren ist Deutschland bei der humanitären Hilfe eines der Hauptgeberländer. Unser Engagement beschränkt sich dabei jedoch nicht auf die bloße Bereitstellung von Geld und Ressourcen. Die humanitäre Hilfe ermöglicht Deutschland eine Präsenz in Regionen, die für andere Instrumente sonst unzugänglich bleiben und fungiert als effektives Mittel der Vertrauensbildung mit Staaten und Akteuren, mit denen die Schnittmenge an Werten und Interessen ansonsten überschaubar ist. Sie muss deshalb auch infolge der Zeitenwende eine Säule sozialdemokratischer Außenpolitik bleiben.

Unsere globalen Verantwortungspartnerschaften basieren auf den Werten der EU von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten sowie der Schaffung und Anerkennung allgemeingültiger internationaler Vereinbarungen. Wir stehen konsequent und in allen Fällen zu unseren Grundwerten und thematisieren diese auch gegenüber Partnern, die diese Werte nicht vollumfänglich teilen. Eine pragmatische internationale Politik auf Grundlage unserer Werte und Interessen bedeutet auch, Unterschiede im Wertegerüst der anderen Staaten zu erkennen und danach unterschiedliche Grade der Kooperation festzulegen. Ein solcher wertegeleiteter Pragmatismus ist Grundbestandteil sozialdemokratischer Politik. Mit nicht-demokratischen Staaten bilden wir zwar keine Wertegemeinschaft, doch zielgerichtete Kooperation bleibt unerlässlich. Globale Herausforderungen wie der Kampf gegen die Klimakrise, gegen Pandemien, gegen Nahrungsmittelkrisen, gegen nukleare Proliferation, gegen Überschuldung und für Steuergerechtigkeit lassen sich nur global lösen. Gleichzeitig müssen wir angesichts von Putins Angriff auf Freiheit und Demokratie umso enger mit Partnern zusammenarbeiten, die unsere Werte teilen.

IV. Souveränes Europa

Die Europäische Union ist der zentrale Rahmen deutscher Politik. Dies wird durch die Zeitenwende noch verstärkt. Dennoch zeigt der Krieg in Europa auch die Bruchlinien und derzeitigen Blockaden der EU auf. Zu oft wird gemeinsamer europäischer Fortschritt noch immer durch nationale Interessen und Blockaden gehemmt. Um die strategische Souveränität und Handlungsfähigkeit Europas voranzutreiben, bedarf es konkreter Schritte der Weiterentwicklung der EU, wie sie Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Prager Rede vorgestellt hat. Hierbei ist für uns die deutsch-französische Partnerschaft von zentraler Bedeutung. Ebenso sollte Deutschland als größter Mitgliedstaat und Brückenbauer in der EU die Perspektiven unserer mittel- und osteuropäischen Partner noch stärker mit einbeziehen. Darüber hinaus gilt es, den europäischen Multilateralismus durch die europäische Menschenrechtsinstitution des Europarats weiter zu stärken. Eine passende Gelegenheit bietet hierfür der 4. Gipfel der Staats- und Regierungschefs, welcher im Mai 2023 in Reykjavik stattfinden wird.

In einer zunehmend multipolaren Welt, geprägt von einer sicherheits- und wirtschaftspolitischen Rivalität zwischen den USA und China streben wir für die EU eine selbstbewusste Position als souveränes Machtzentrum an. Die US-amerikanische Sicherheitsgarantie für Deutschland und Europa wird umso nachhaltiger sein, je stärker die EU mehr Verantwortung auch in der Sicherheitspolitik übernimmt. Daher sollte die EU in der Lage sein, zur Friedenssicherung in Europa und in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft noch stärker als bisher beizutragen. Gleichzeitig sollte sich die EU für eine regelbasierte Gestaltung der Multipolarität noch stärker als bisher einsetzen.

Dass in Europa ein Krieg geführt wird, hat uns allen den Wert der NATO als Garant unserer Sicherheit und Trägerin unserer Bündnisverteidigung erneut vor Augen geführt. Auch das transatlantische Bündnis ist in der Krise stärker als zuvor. Wir wollen dieses Momentum nutzen, um den europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken. Dies würde die EU auch resilienter machen, sollte in den USA erneut ein Präsident

gewählt werden, der die Fundamente des transatlantischen Bündnisses in Frage stellt. Über die Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO stärken wir auch die unmittelbare Verteidigungsfähigkeit Europas. Dies beinhaltet auch, dass Europa seine gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen deutlich intensivieren muss – mit konkreten Schritten wie etwa dem Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe und eines permanenten operativen EU-Hauptquartiers. Mit der von Deutschland initiierten und koordinierten European Sky Shield Initiative (ESSI) stärken wir den europäischen Pfeiler der NATO. Wir haben in Europa seit langem große Lücken bei der Luftverteidigung. Diese Lücken wurden viel zu lange ignoriert und müssen nun schnellstmöglich gefüllt werden. Es ist diese Bundesregierung, die dieses Thema jetzt endlich und grundsätzlich in die Hand nimmt. An unserer Initiative beteiligen sich inzwischen bereits 15 Länder. Wir wollen die entsprechenden Systeme gemeinsam beschaffen und gemeinsam nutzen und warten. So erreichen wir mehr Interoperabilität und erzielen eine größere Wirtschaftlichkeit bei der Beschaffung.

Mehr sicherheitspolitische Souveränität bedeutet zudem, die europäische Cybersicherheit sicherzustellen und die europäische Rüstungskooperation weiter voranzutreiben, die aktuellen Rüstungsentscheidungen in Deutschland anschlussfähig für europäische Verbündete zu gestalten und damit Komplementarität, Effizienz und Interoperabilität zu stärken.

Zentraler Baustein einer souveränen EU sollte der Beitritt der Staaten des Westlichen Balkans sein. Wir wollen diese langfristig im demokratischen Modell Europas verankern und damit verhindern, dass sich nicht-demokratische Akteure die Konfliktlinien der Region zunutze machen. Zur Zeitenwende gehört die Einsicht, dass Erweiterungspolitik auch den strategischen Interessen der EU in der Region dient. Wir bekennen uns zum Ziel der EU-Mitgliedschaft der sechs Westbalkanländer Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien genauso wie zur EU-Beitrittsperspektive der Ukraine und Moldaus. Gleichzeitig unterstützen wir Georgien auf seinem Weg in die Europäische Union.

Die EU hat in den Krisen der vergangenen Jahre ihre gemeinsame Handlungsfähigkeit in vielen Fällen unter Beweis gestellt. Das Corona-Wiederaufbauprogramm ist ein Meilenstein für den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit Europas. Auch die geschlossene und entschlossene Antwort der EU auf den Angriffskrieg Russlands verdeutlicht die gemeinsame Handlungsfähigkeit der EU im Krisenfall. Doch es bleiben auch Defizite bestehen. Das Prinzip der Einstimmigkeit befördert Blockaden und hemmt notwendigen europäischen Fortschritt. Umso wichtiger ist es, das Momentum der Zeitenwende auch dafür zu nutzen, konkrete Fortschritte bei der Vertiefung der europäischen Integration zu erreichen – etwa durch mehr Mehrheitsentscheidungen gerade im Bereich der Außenpolitik, aber auch der Steuerpolitik, durch eine stärker strategisch ausgerichtete gemeinsame Handels-, Wirtschafts- und Industriepolitik oder durch dauerhaft gestärkte europäische Investitionskapazitäten. Es bedarf wirtschaftspolitischer Kohärenz und gemeinsamer Instrumente der Abfederung externer Krisen, um gemeinsames europäisches Handeln nachhaltig abzusichern. Es bedarf auch einer Stärkung der europäischen Sicherheitsagenturen, um Europa besser nach innen und außen zu schützen. Auch für die Stärkung unseres Zivilschutzes bedarf es vermehrter Anstrengungen.

V. Transatlantische Partnerschaft

Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg schweißt unsere transatlantische Partnerschaft enger zusammen und führt uns die gemeinsamen Werte von Freiheit und Demokratie vor Augen. Putins Angriff ist auch ein Angriff auf jene freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung, die wir mit unseren transatlantischen Partnern teilen. Um dieses Modell des Zusammenlebens gegen seine Bedrohungen zu verteidigen bauen wir auf eine starke und vertrauensvolle Partnerschaft mit den USA, innerhalb derer Europa und Deutschland als größter Mitgliedsstaat mehr Verantwortung übernehmen. Mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr, dem damit einhergehenden Aufwuchs der Verteidigungsaufwendungen sowie den Initiativen der deutschen G7-Präsidentschaft zur Unterstützung der Ukraine hat Bundeskanzler Olaf Scholz bereits wichtige Entscheidungen in diese Richtung getroffen.

Gerade angesichts der externen Bedrohungen wollen wir mit unseren transatlantischen Partnern an der Vermeidung von Wirtschafts- und Handelskonflikten arbeiten. Gleichzeitig wollen wir in die eigenverantwortliche Sicherheit Europas investieren und die strategische Zusammenarbeit mit den USA in den

Bereichen Klima- und Energiepolitik, regelbasierte internationale Ordnung und demokratische Gesellschaftspolitik intensivieren.

VI. Beziehungen zu China und der Indo-Pazifik-Region

Der Aufstieg der Volksrepublik China ist eine der größten globalen Veränderungen der letzten Jahrzehnte. Die wachsende Bedeutung Chinas birgt eine Vielzahl an Herausforderungen, aber auch einige Chancen für Deutschland und die Europäische Union. Deutschland wird sich mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten China-Strategie in die europäische Debatte einbringen. Diese Positionsbestimmung sollte sowohl die Veränderungen in China als auch die Verschiebungen im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, Russland und anderen europäischen Nachbarn berücksichtigen. Ziel sollte eine Reduzierung starker Abhängigkeiten sein und damit die Stärkung unserer Souveränität. Darüber hinaus sollten wir auf eine gemeinsame europäische Position hinarbeiten, die fest in der Wertegemeinschaft des Westens verortet ist und die Sicherheitsinteressen unserer demokratischen Partner im indo-pazifischen Raum berücksichtigt, die die europäische Souveränität in einer regelbasierten multilateralen Ordnung stärkt und konstruktive, offene und transparente Beziehungen zu den zentralen Akteuren von Morgen vertieft.

Für uns Sozialdemokrat:innen ist die Politik gegenüber China weiterhin durch einen kontinuierlichen politischen Dialog geprägt. Es gilt der Grundsatz, nicht nur über, sondern auch mit China zu reden und dabei konstruktiv-kritische Fragen der Kooperation, des Wettbewerbs und der Menschenrechte zu behandeln. Ohne den Dialog mit China ist die Gestaltung der ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Herausforderungen unserer Zeit kaum vorstellbar.

Die Beziehungen mit China müssen entlang der auch auf europäischer Ebene definierten drei Dimensionen Partnerschaft, Wettbewerb und Systemrivalität gestaltet werden. Gemeinsame Interessen wie beispielsweise bei einer regelbasierten internationalen Ordnung, beim Klimaschutz oder bei Abrüstung und Rüstungskontrolle gilt es weiter auszuloten. Gleichzeitig sehen wir, dass Aspekte des Wettbewerbs und der systemischen Rivalität zunehmen. Damit einher geht die Notwendigkeit, Abhängigkeiten bei Schlüsseltechnologien und Wertschöpfungsketten sowie bei Rohstoffen und Energieträgern zu reduzieren. Wir konstatieren: China ist nicht nur ein Kooperationspartner, sondern zugleich ein wirtschaftlicher Konkurrent und ein systemischer Rivale. Dies wird auch in Chinas ambivalenter Haltung zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine deutlich. Wir müssen feststellen, dass China unter Präsident Xi immer selbstbewusster und teilweise aggressiver nach außen auftritt. Diese Entwicklung geht einher mit einer Verschlechterung der Menschenrechtsslage, insbesondere in der Provinz Xinjiang, und der Einschränkung politischer Freiheiten, wie zum Beispiel in Hongkong.

Es stehen zwei verschiedene Modelle im Wettbewerb: das Modell eines demokratischen Rechtsstaats, der die universellen Menschenrechte in einer freien und sozialen Marktwirtschaft schützt, und das chinesische Modell eines autoritären Staatskapitalismus, der die universellen Menschenrechte relativiert. Auch wenn unsere Beziehung zu China durch alle drei genannten Dimensionen bestimmt wird, können diese nicht einfach unreflektiert nebeneinanderstehen. Die Systemkonkurrenz ist maßgeblich dafür, wie die Partnerschaft mit China konkret ausgestaltet werden kann, und beeinflusst auch die Art und Weise des wirtschaftlichen Wettbewerbs mit China. Teil der Antwort auf die Systemkonkurrenz muss sein, dass wir den von China umworbene Länder und Regionen alternative und attraktivere Kooperationsangebote machen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Global Gateway Initiative der EU. Im Rahmen der Systemkonkurrenz gilt es, weiterhin die Zusammenarbeit in Gebieten mit beiderseitigem Interesse zu suchen. Die Kooperation mit China bei Fragen einer regelbasierten internationalen Ordnung, Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie bei der Klimapolitik und der nachhaltigen Energiegewinnung ist hier von großer Bedeutung.

Unser Blick auf den Indopazifischen Raum beschränkt sich nicht auf China. Im Indo-Pazifik werden die Regeln der internationalen Ordnung durch einzelne Akteure zunehmend herausgefordert. Die Aufrüstung in der Region hat sich beschleunigt, geopolitische Spannungen verschärfen territoriale Konflikte und die Gefahr einer Eskalation nimmt zu. Wir werden auch künftig gemeinsam mit unseren Partnern daran arbeiten, die regelbasierte internationale Ordnung zu bewahren, das Völkerrecht und multilaterale

Strukturen zu stärken und Konflikten vorzubeugen. Dabei treten wir einer Blockbildung im Indo-Pazifik klar entgegen. Wir sind bereit, mit allen Partnern der Region zu kooperieren, die sich zu den Prinzipien der regelbasierten Ordnung bekennen.

Der Indo-Pazifik ist für Deutschland und die Europäische Union von herausgehobener Bedeutung. Gleichzeitig bestehen starke wirtschaftliche Abhängigkeiten von einzelnen Märkten. Wir treten dafür ein, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass in Schlüsselbereichen Lieferketten diversifiziert und die Chancen der Indo-Pazifik-Region besser und breiter genutzt werden. Bestehende Partnerschaften, insbesondere zu Indien, Japan und der Republik Korea, aber auch den ASEAN-Mitgliedstaaten, werden wir weiter intensivieren und ausbauen.

VII. Abrüstung und Rüstungskontrolle

Eine Welt ohne Atomwaffen bleibt das Ziel sozialdemokratischer Politik. Dafür unterstützen wir dringend notwendige konkrete Fortschritte zur nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle zuvorderst im Rahmen der Vereinten Nationen. Wir unterstützen überdies Initiativen zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen (no first use). Daneben sollten wir auch alternative Prozesse und Mechanismen in den Blick nehmen, um unseren Zielen näher zu kommen. Auch wenn der 2017 beschlossene VN-Atomwaffenverbotsvertrag in Teilen zu Polarisierung beitrug, hat er doch wichtige Impulse für die Debatte zur weltweiten nuklearen Abrüstung gegeben. Wir müssen uns gerade angesichts der aktuellen Lage weiterhin konstruktiv mit den Argumenten und Intentionen des Atomwaffenverbotsvertrags unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure auseinandersetzen.

Des Weiteren setzen wir uns für eine Beibehaltung, Erfüllung und Verlängerung des New START-Vertrages zur Begrenzung und Verifikation von strategischen Nuklearwaffen zwischen den USA und der Russischen Föderation ein. Darüber hinaus wirken wir auf die Bewahrung und Stärkung der bestehenden Vertragswerke wie NVV, CTBT u.a. hin und insbesondere auf eine Einbindung und vertragliche Verpflichtung bisher nicht rechtlich eingebundener Staaten.

Wir stehen für eine EU, die sich weiterhin für eine Stärkung multilateraler Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregime einsetzt. Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns gegen verantwortungslose Gedankenspiele über die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht oder gar eine atomare Bewaffnung Deutschlands.

Russland tritt als Aggressor auf, dem wir mit konsequenter Abschreckung begegnen müssen. Dem tragen wir Rechnung mit unserer Unterstützung der Ukraine und der osteuropäischen Partner, abgestimmt im transatlantischen Bündnis und der Europäischen Union sowie einer einsatzbereiten Bundeswehr. Gleichzeitig wird Russland auch in Zukunft ein Land mit erheblicher Fläche, Bevölkerung und militärischer Stärke auf dem europäischen Kontinent sein. Dies wird auf lange Sicht für die Gestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur relevant sein.

In keinem Fall darf es zu einer nuklearen Eskalation kommen. Die gemeinsame Abschlusserklärung der G20, die den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen ablehnt, ist ein Erfolg der Politik des Bundeskanzlers und des westlichen Bündnisses. Wir dürfen bestehende Verträge und Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle nicht aufgeben.

VIII. Außenpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Schon lange ist klar, dass innere und äußere Sicherheit sich an vielen Stellen überschneiden und in Wechselwirkung stehen. Die Zeitenwende macht dies umso deutlicher. Deutschlands Gesellschaftsmodell und Wohlstand können inmitten der systemischen Herausforderungen aus dem internationalen Umfeld nicht alleine mit innen- und sozialpolitischen Maßnahmen gesichert werden. Energiesicherheit, wirtschaftlicher Wohlstand und Innovation, digitale Souveränität, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie – das alles steht in einem untrennbaren Zusammenhang mit außenpolitischen Entwicklungen. Gleichzeitig haben innenpolitische Aspekte unmittelbare Auswirkung auf unsere Außenpolitik.

So stellt die Zeitenwende die deutsche Wirtschaft vor zwei zentrale Herausforderungen, die gleichzeitig bewältigt werden müssen: Erstens die Dekarbonisierung und klimaneutrale, sozial gerechte Transformation.

Zweitens besteht die Notwendigkeit, als Europäische Union strategische Autonomie zu erreichen und die Abhängigkeiten zu reduzieren, ohne Schlüsselindustrien und -technologien ins Ausland zu verdrängen. Solche Schlüsselindustrien müssen im Gegenteil dort, wo zu große Abhängigkeiten außerhalb Europas bestehen, wieder in die EU zurückgeholt werden.

Eine wichtige innenpolitische Grundlage für Außen- und Entwicklungspolitik ist die Stärkung des sozialen Zusammenhalts innerhalb der Gesellschaft. Dazu gehört eine feministische Politik, die zu Geschlechtergerechtigkeit führt, und friedliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bei uns und weltweit fördert. In den meisten Ländern haben Frauen nicht die gleichen Rechte wie Männer. Dort setzen wir mit einer wertegeleiteten feministischen Außen- und Entwicklungspolitik an, um Gesellschaften insgesamt stabiler, widerstandsfähiger und friedlicher zu machen. Geleitet werden wir vom Ansatz der 3R: Rechte verwirklichen sowie Zugang zu Ressourcen und Repräsentanz sicherstellen.

Eine Außen- und Entwicklungspolitik, die auf gesellschaftlichem Frieden und sozialer Gerechtigkeit fußt, gewinnt an Legitimität nach innen und gleichzeitig an Einfluss nach außen. Deutschland und die Europäischen Union zu einem für Drittstaaten attraktiven Partner und Zentrum zu machen, basiert auf einem attraktiven Gesellschaftsmodell, das die Werte, die es in der Außenpolitik umsetzen will, auch im Inneren lebt. Nachhaltiger globaler Fortschritt und soziale Gerechtigkeit gehören für uns zusammen. Ziel sozialdemokratischer internationaler Politik bleiben Frieden und Wohlfahrt für alle Menschen.